

**Bewertungsgremium
Altlast SAD Münchehagen**

PROTOKOLL

genehmigt am 11.12.2013 (19. Sitzung)

**Protokoll der 18. Sitzung des
Bewertungsgremiums Altlast SAD Münchehagen
am 26. September 2013 in Rehburg-Loccum**

Teilnehmer:

Vertragsparteien:

Herr Bürgermeister Franke (Stadt Rehburg-Loccum), Herr Völkel
Herr Stiller (Stadt Petershagen)
Herr Samtgemeindebürgermeister Busse (Samtgem. Niedernwöhren)
Herr Brammer, Herr Carstensen (Anliegergemeinschaft)
Herr Dr. Kallert, Frau Sievers (Nds. Umweltministerium)

Bewertungsgremium:

Herr Poggendorf, Herr Schmidt, Herr Striegnitz

NGS:

Herr Rüdiger, Herr Dr. Schulze-Rickmann
Herr Schröder, Herr Wackerhage

Büro Dr. Pelzer und Partner:

Herr Dr. Pelzer

TOP 1 Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung

Nach der Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Franke eröffnet Herr Striegnitz die Sitzung.

Der mit der Einladung vom 10.06.2013 versandte Vorschlag für die Tagesordnung wird genehmigt, die Tagesordnung lautet demnach wie folgt:

- 1 Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung am 13.12.2012
- 3 Rückbau-Konzept
 - 3.1 Vorstellung des Konzepts
 - 3.2 Aussprache
 - 3.3 weiteres Vorgehen
- 4 Verschiedenes

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 17. Sitzung am 13.12.2012

Herr Striegnitz bittet um Entschuldigung und Nachsicht dafür, dass der Entwurf für das Protokoll leider nicht termingerecht vorgelegt werden konnte. Die Genehmigung des Protokolls wird auf die 19. Sitzung vertagt.

TOP 3: Rückbaukonzept

Zur Einführung in den Tagesordnungspunkt erinnert Herr Striegnitz an die Entstehungsgeschichte, die zu diesem heutigen Schwerpunktthema geführt habe: in der letzten Jahressitzung des Bewertungsgremiums sei eine Diskussion geführt worden über die Nutzung der auf dem Gelände der gesicherten SAD Münchehagen vorhandenen Speicherbehälter durch Dritte. Ausgelöst worden sei diese Diskussion aufgrund einer aktuellen Anfrage an die Samtgemeinde Niedernwöhren von Seiten eines privaten Unternehmens, das sich nach Möglichkeiten erkundigt habe, die Behälter zur Zwischenlagerung von Gärsubstraten/Gülle zu nutzen.

Die Diskussion (vgl. Protokoll der 17. Sitzung vom 13.12.2012, TOP 6, Seite 13-14), habe ergeben, dass eine derartige Fremdnutzung in der Region einvernehmlich als unerwünscht abgelehnt werde. Da nach der Sicherung der Altlast kein Bedarf mehr an Behältern dieser Größenordnung zur Speicherung von Flüssigkeiten bestehe und auch auf Zukunft hin nicht wieder zu erwarten sei, und da weiterhin die Behälter im gegebenen technischen Zustand heute und absehbar auch zukünftig für Zwecke im Zusammenhang der Sicherung der Altlast Münchehagen nicht nutzbar seien, habe am Ende der Diskussion das Einvernehmen gestanden, dass der Rückbau dieser Hochbehälter schon im Jahre 2013 geplant und die Umsetzung für 2014 angestrebt werden sollten. Die Maßnahme zum Rückbau der Speicherbehälter sei damit als Vorgriff zu sehen auf ein Gesamtkonzept zum Rückbau nicht mehr benötigter Anlagen, das nach Vorliegen der Ergebnisse der Statusuntersuchung im Laufe des Jahres 2014 entwickelt werden solle.

Entsprechend dieser so vereinbarten Vorgehensweise habe NGS den ersten Teil eines Rückbaukonzeptes entwickelt, der sich auf die Hochbehälter und die Deponiewasserbewirtschaftung beziehe. Das Konzept sei in einem Arbeitsgespräch am 22. Mai dieses Jahres von NGS dem Bewertungsgremium vorgestellt und gemeinsam erörtert worden. Das Bewertungsgremium halte das entwickelte Konzept zur Deponiewasserbewirtschaftung für schlüssig und angemessen. Aus Sicht des Bewertungsgremiums spreche nichts dagegen, dieses Konzept weiterzuverfolgen und umzusetzen.

TOP 3.1: Vorstellung des Konzepts

Herr Schröder stellt das Konzept vor und erläutert die Planungen im Einzelnen anhand einer PowerPoint-Präsentation, die hier als Anlage beigefügt ist.

Das vorgelegte Konzept verfolge das Ziel, die Betriebs- und Überwachungseinrichtungen an dem Bedarf und an den Aufgaben für eine langfristige Nachsorge auszurichten. Betriebseinrichtungen, die nach heutiger Einschätzung mit hoher Sicherheit zukünftig nicht mehr benötigt würden, sollten zurück gebaut und verbleibende Anlagen an die Gegebenheiten für eine langfristige Nachsorge angepasst werden. Hierbei werde sichergestellt, dass durch die geplanten Umbaumaßnahmen ein Gesamtsystem mit unverändert hohen Sicherheitsstandards erhalten bleibe.

Das Gesamtkonzept werde in zwei Abschnitte aufgeteilt. Abschnitt 1 (Planung 2013/Umsetzung 2014) beziehe sich auf die Deponiewasserbewirtschaftung, Abschnitt 2 (Planung 2014/Umsetzung 2015) beziehe sich auf Maßnahmen zur Optimierung der Sanitär- und Oberflächenwasserbewirtschaftung.

Abschnitt 1 umfasse im Wesentlichen die notwendigen Maßnahmen zum Rückbau der schon seit Jahren nicht mehr benötigten Speicherbehälter und der damit zusammenhängenden weiteren technischen Komponenten.

Das zurzeit betriebene Deponiewasserbewirtschaftungssystem solle weitestgehend unverändert bestehen bleiben. Danach solle auch zukünftig das Deponiewasser bedarfsgerecht aus dem Kontrollschacht K2 über das angeschlossene Pumpwerk in den 35 m³ umfassenden Zwischenspeicher gefördert und anschließend über die vorhandene Deponiewasserübergabestation an Transportfahrzeuge zur weiteren Entsorgung abgegeben werden können. In diesem Zuge der Rückbaumaßnahmen solle zur Optimierung der zukünftigen Deponiewasserbewirtschaftung auch eine zusätzliche Möglichkeit zur Entnahme von Deponiewasser aus dem umschlossenen Bereich am Kontrollschacht K1 geschaffen werden.

Für weitere Einzelheiten der Rückbau-Planungen wird auf die als Anlage beigefügte PowerPoint Präsentation verwiesen.

TOP 3.2 Aussprache

Herr Franke eröffnet die Diskussion und stellt fest, dass es sich bei den für 2014 geplanten Maßnahmen des ersten Abschnitts um "interne" Maßnahmen ohne irgendwelche Außenwirkungen handele. Die Beantwortung der Frage, welche Rückbaumaßnahmen angebracht seien, hänge ab von der Einschätzung des zukünftigen Bedarfs. Herr Franke fragt nach, welche Reaktionen geplant seien und wie die Perspektiven für erforderliche Nachrüstungen seien, wenn zukünftig in der Realität Abweichungen von den derzeitigen Einschätzungen aufträten. Weiterhin verweist Herr Franke auf das große mediale Echo, das der Rückbau der Messstation an der Ils durch das Land Nordrhein-Westfalen ausgelöst habe, und auf die dadurch ausgelösten Ängste in der Bevölkerung, die in diesem Zuge zu beobachten waren. In dem vorgestellten Rückbaukonzept vermisst Herr Franke ein Kapitel zur öffentlichen Kommunikation. Er bittet darum, durch eine sorgfältige Information der Öffentlichkeit die geplanten Rückbaumaßnahmen verständlich darzustellen und nachvollziehbar zu machen.

Herr Dr. Kallert weist darauf hin, dass die in 2014 zurückzubauenden Anlagen aus betrieblichen Gründen schon lange nicht mehr benötigt wurden und aus technischen Gründen heute nicht mehr nutzbar wären. Zur Frage von Herrn Franke führt Herr Dr. Kallert aus, dass bei einer veränderten Lage der Dinge die dann erforderlichen Maßnahmen ergriffen würden, ggf. auch neue Komponenten errichtet würden. Was genau zu tun sei, sei zu dann entscheiden, wenn sich eine veränderte Lage konkret zeige. Derzeit verfüge das System über weitere Sicherheitspuffer. So gebe es z.B. im Handlungsfeld der Deponiewasserbewirtschaftung Optionen zum Einsatz von Tankwagen. Zur Bitte von Herrn Franke nach einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit führt Herr Dr. Kallert aus, dass das Umweltministerium vor den Beratungen mit den anderen Vertragsparteien im Rahmen der Sitzung des Bewertungsgremiums bewusst nicht habe an die Öffentlichkeit gehen wollen. Das Umweltministerium sei aber offen, die Vorgehensweise zur Information der Öffentlichkeit gemeinsam zu beraten und gemeinsam voranzutreiben.

Herr Schmidt regt an, um den Befürchtungen von Qualitätsverlusten und dem Entstehen von Ängsten entgegenzuwirken, für die einzelnen Rückbaukomplexe jeweils darzulegen: (1) warum sind diese Anlagenteile ursprünglich errichtet worden, (2) warum werden diese Anlagenteile heute und zukünftig nicht mehr benötigt, (3) was würde unternommen, wenn eine Situation einträte, in der diese Anlagenteile grundsätzlich vielleicht doch von Nutzen sein könnten.

Es werden eine Reihe von konkreten Schritten und Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit beraten, die von Herrn Striegnitz wie folgt zusammengefasst werden und die auf allgemeine Zustimmung stoßen: in dem Pressegespräch nach der Jahressitzung im Dezember sollen die für 2014 geplanten Baumaßnahmen vorgestellt werden. Hierfür soll eine geeignete Pressemitteilung, ggf. mit weiteren Infomaterialien in Form einer Pressemappe, erstellt werden. Zwischen

Umweltministerium und Bewertungsgremium wird noch verabredet, wer als Autor der Presseinformation auftritt. Zur Information über die gesicherte Altlast im Allgemeinen und zur Information über die beabsichtigten Rückbaumaßnahmen im Besonderen soll in einem kurzen zeitlichen Abstand vor Beginn der Baumaßnahmen (also voraussichtlich im Frühsommer) ein "Tag der offenen Tür" auf dem Gelände der gesicherten Altlast durchgeführt werden (ggf. sollten die zuständigen Behörden aus Nordrhein-Westfalen zur Beteiligung eingeladen werden). Dieser "Tag der offenen Tür" soll in der Presseinformation und in dem Pressegespräch im Anschluss an die Weihnachtssitzung bereits angekündigt werden.

Hinsichtlich des zweiten Teils der zu planenden Rückbaumaßnahmen weist Herr Franke darauf hin, dass damit eine neue Qualität verbunden sei, weil diese Maßnahmen dann auch Auswirkungen auf Bereiche außerhalb des umzäunten Geländes hätten.

Herr Schröder erläutert, dass auch die Maßnahmen aus dem zweiten Teil des Rückbaukonzepts nicht zu negativen Auswirkungen an der Einleitungsstelle oder im sonstigen Umfeld der Deponie führen würden. Im Gegenteil sei es so, dass beim gegenwärtigen System der Oberflächenwasserbewirtschaftung die Qualität des Wassers, das in den abgedichteten Folienteichen zwischengespeichert wird, sich während der Speicherzeit verschlechtert.

Herr Franke betont, dass insbesondere allen Maßnahmen im Bereich des Lusekamps eine besondere Sensibilität zukommt.

Herr Carstensen hebt hervor, dass alle diejenigen Maßnahmen als sensibel zu betrachten seien, die eine Einbuße von Handlungsmöglichkeiten darstellten. Es dürfe hinsichtlich der Sicherung keine Qualitätsverschlechterung geben. Ggf. müssten als Kompensation für zurückgebaute Maßnahmen neue Qualitäten geschaffen werden

Herr Rüdiger stellt dar, dass im Zuge der Planung für jede einzelne Rückbaumaßnahme geprüft werde, was schlimmstenfalls passieren könne, wenn die jeweilige Anlage rückgebaut worden sei. Es sei definitiv nicht gewollt, das Qualitätsniveau der Sicherung abzusenken. U.a. durch die worst-case-Betrachtungen werde dies sichergestellt.

Herr Franke bittet darum, noch bevor der Eindruck entsteht, es könne zu einer Absenkung der Qualität der Sicherung oder der Überwachung kommen, durch eine proaktive Öffentlichkeit diesem Eindruck entgegenzuwirken.

Herr Dr. Schulze-Rickmann unterstreicht, dass sich am System der Einleitung nichts ändern werde. Geplant ist eine Optimierung der Kapazitäten des Managements, nicht eine Absenkung der Qualität des Ergebnisses.

TOP 3.3 weiteres Vorgehen

Für die nächste Sitzung des Bewertungsgremiums im Dezember wird NGS das Konzept für den Rückbau nicht mehr benötigter Anlagen in Form einer schriftlichen Zusammenfassung vorlegen. Darauf bezogen wird das Bewertungsgremium eine förmliche Empfehlung abgeben. Auf dieser Grundlage soll dann in der Jahressitzung eine Entscheidung der Vertragsparteien über die weiteren Schritte zur Realisierung des Rückbaukonzeptes erfolgen.

TOP 4: Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Bewertungsgremiums soll stattfinden am Mittwoch, 11. Dezember 2013, 14:00 Uhr, in Rehburg-Loccum.

Herr Striegnitz schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

Lüneburg, den 28.11.2013

gez. Meinfried Striegnitz
(Vorsitzender)